

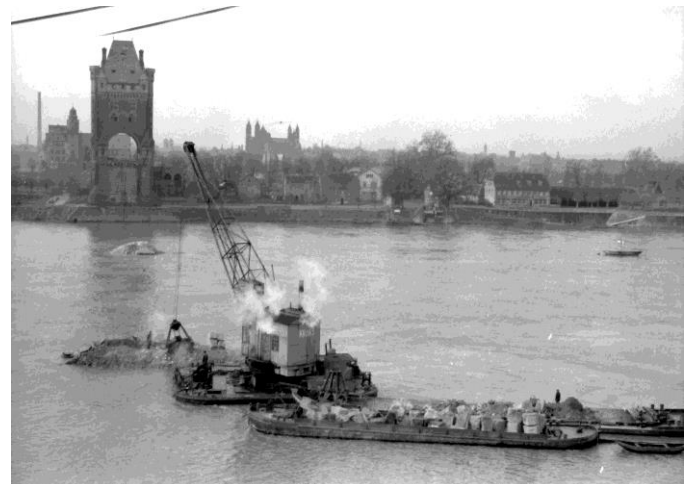
Friedensprojekt Europäische Union

Sehr erfreulich für uns Europäer:

75 Jahre gab es keinen Krieg zwischen Staaten der EU.



Worms 1945



Wir Europäer wissen, wie furchtbar Krieg ist, trotzdem kämpft unsere EU nicht für Frieden jenseits ihrer Grenzen:
in EU - Nachbarschaft: 2011-2020: 9 Jahre Krieg in Syrien



Hannoversche Allgemeine 07.07.19, Aleppo



Kurier (Österr.) 03.08.2019 Idlib



Tagesspiegel 02.05.2018 Region Ost Guta östl. Dam



Cicero 16.12.2018 „Syrienisierung“ der Welt



Süd. Zeitung 19.012.2015 Angriff auf Aleppo



Süd. Zeitung 23.12.2015 Nawa, Gov. Dawa

Krieg in Syrien - Die „Syrienisierung“ der Welt

EIN BUCHAUSZUG VON KRISTIN HELBERG am 16. Dezember 2018

Der Krieg in Syrien ist Symptom einer neuen Welt-Unordnung, in der die etablierten Mechanismen zur Beilegung von Konflikten nicht mehr funktionieren. Ist die Diplomatie in Syrien am Ende – oder besiegelt Syrien gar das Ende der Diplomatie?



Syrien wurde internationalisiert, jetzt wird die Welt „syrienisiert“ / picture alliance

Autoreninfo

Kristin Helberg arbeitet als freie Journalistin und Nahostexpertin in Berlin. Von 2001 bis 2008 lebte sie in Syrien und berichtete von dort aus über die arabische Welt. Ihr Buch „[Der Syrienkrieg](#)“ ist 2018 beim Herder Verlag erschienen.

Foto: Jan Kulke So erreichen Sie Kristin Helberg:



Der Krieg in Syrien scheint militärisch entschieden, aber ist er deshalb vorbei? Vielerorts fallen keine Bomben mehr, aber können wir diese Gebiete als sicher bezeichnen? Und kann das Land überhaupt Frieden finden, solange die Ursachen des Aufstands weiterbestehen? Seit Jahren produziert der Syrien-Konflikt weltweit die meisten Geflüchteten: **6,3 Millionen außerhalb Syriens und noch mal so viele Vertriebene innerhalb des Landes. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung musste ihr Zuhause verlassen. Humanitär, politisch und militärisch gilt der Krieg als größte menschengemachte Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg, als historisches Versagen unserer Zeit.**

Totalversagen der internationalen Gemeinschaft

Längst ist aus dem innersyrischen Machtkampf ein Weltkonflikt geworden, dessen Folgen vor allem Europa betreffen und dessen Lösung uns deshalb alle angeht. Syrien wurde internationalisiert, jetzt wird die Welt „syrienisiert“ – das Ergebnis ist eine neue Welt-Unordnung, die sich unsicher und unmenschlich anfühlt. Was in Syrien passiert, ist das Ergebnis eines Totalversagens der internationalen Gemeinschaft – ihrer Institutionen, Regierungen und Gesellschaften. Die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs etablierten Mechanismen zur Verhinderung oder Beilegung von Konflikten funktionieren in Syrien nicht. Die Zeiten sind vorbei, als sich kluge Außenminister um einen Tisch setzten und nach knallhartem Geschacher eine für alle gesichtswahrende Lösung fanden. Auch Verhandlungsformate, bei denen sich Regierungsvertreter mit Oppositionsführern und Milizenkommandeuren treffen und unter dem Druck diplomatischer Schwergewichte auf Fahrpläne zum Frieden einigen, taugen nicht mehr.

Sie scheitern im Falle Syriens an zu vielen ausländischen und nichtstaatlichen Akteuren mit widerstreitenden Interessen. Was seit Jahren auf offiziellen Konferenzen und bei informellen Gesprächen in Genf, Wien oder Astana ausgehandelt wird, wirkt sich auf das Geschehen in Syrien kaum aus. Die Mittel

und Tricks, mit denen Unterhändler früher Annäherung, Entgegenkommen, Zugeständnisse und Deeskalation erreichten, haben ausgedient. In Syrien ist die Diplomatie am Ende, so scheint es. Oder besiegelt Syrien das Ende der Diplomatie?

Eine neue Welt-Unordnung

Tatsächlich liegt es nicht nur an Syrien. Generell fehlen die zu unserer Weltordnung passenden Instrumente. Denn während die Welt eine ganz andere geworden ist – multipolar, vernetzt, dynamisch und unberechenbar –, stammt ihr Ordnungsrahmen noch aus dem Kalten Krieg, der womöglich übersichtlichsten Phase der Weltgeschichte. Damals waren die Fronten klar, die Akteure berechenbar, die Gesprächskanäle etabliert und die Politiker aufeinander eingeschworen. Aufrüstung zur Abschreckung – das war nicht schön, aber verständlich.

Heute werden Konflikte nicht mehr nur mit konventionellen Waffen oder deren Bereithaltung geführt, sondern mithilfe der Medien und über das Internet, mit Propaganda und Desinformation, mit nationalen Narrativen und Delegitimierung, mit dem Abbau oder der Verhängung von Zöllen, mit Sanktionen und Investitionen, der Vertreibung von Menschen, der Verschiebung von Geflüchteten und mit dem Einsatz paramilitärischer oder terroristischer Organisationen.

Die Welt ist durcheinandergeraten, und wir haben noch nicht die Mittel gefunden, sie neu zu sortieren. Der Syrien-Krieg ist der erste Konflikt, der diese Tatsache schonungslos offenbart. Er ist das Symptom einer neuen Welt-Unordnung.

Das Scheitern der UN-Organisationen

Die UN-Mechanismen sind wirkungslos – in der Politik wie in der Diplomatie, bei der humanitären Hilfe und bei der Durchsetzung von internationalem Recht. Politisch sind die UN handlungsunfähig, da der Weltsicherheitsrat blockiert ist. Russland hat mit seinem Veto bereits mehr als zehn Resolutionen verhindert. Einigen sich seine ständigen Mitglieder doch mal auf einen Beschluss, wird dieser nicht umgesetzt.

Diplomatisch haben selbst die erfahrensten Vermittler nichts erreicht. Einziges Verdienst der UN-Diplomatie ist zum jetzigen Zeitpunkt, dass der Syrien-Konflikt nicht ganz in Vergessenheit gerät und die Gesprächsfäden zu den verschiedenen Akteuren nicht abreißen.

Humanitär reichen sämtliche Bemühungen nicht aus. Die Syrien-Mission ist das teuerste Hilfsprogramm in der Geschichte der UN und jedes Jahr unterfinanziert. Außerdem lassen sich verschiedene Unterorganisationen ihre Arbeit von Damaskus diktieren, aus Angst, ihre Mitarbeiter würden sonst des Landes verwiesen und jegliche Hilfe unterbunden. Besser den Millionen von Bedürftigen in den vom Regime kontrollierten Gebieten helfen als gar nicht, so die Logik. Dabei wäre Assad ohne die UN-Gelder gar nicht in der Lage, seine Bewohner zu versorgen.

Juristische Instrumente greifen nicht

Bleibt die juristische Komponente – die Durchsetzung der Genfer Konvention, die Anwendung des Völkerrechts, die Ahndung von Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Immer schon gab es grausame Diktatoren, die in ihrem Land Millionen Zivilisten ermordeten – Mao Tse-tung in China, Adolf Hitler in Deutschland, Josef Stalin in Russland, Pol Pot in Kambodscha. Aber die Kombination aus flächendeckenden Luftangriffen, wahllosen Fassbomben auf Wohngebiete, Giftgas sowie gezielten Raketen auf Krankenhäuser und Schulen – also Massenvernichtungswaffen gegen die eigene Bevölkerung – und einer staatlich organisierten Tötungsmaschinerie in den Geheimdienstzentren und Gefängnissen ist historisch einmalig.

Auch Rebellen foltern Gefangene, auch der IS tötet willkürlich, und auch bei US-Luftangriffen sterben Zivilisten. Aber die Gewalt des [Assad-Regimes](#) erfolgt systematisch und institutionalisiert, ein ganzer Staatsapparat ist mit der Vernichtung von Zivilisten beschäftigt. Umso tragischer ist die Tatsache, dass im Falle Syriens keines der etablierten juristischen Instrumente greift.

Ein fatales Signal

Der Internationale Strafgerichtshof kann nicht aktiv werden, weil Damaskus ihn nicht anerkennt und Russland im Weltssicherheitsrat eine Überstellung nach Den Haag blockiert. Auch für die Einrichtung eines Ad-hoc-Tribunals (wie für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda) braucht es eine UN-Resolution. Das Versagen in diesem Bereich ist das vielleicht folgenreichste – denn die anhaltende Straffreiheit für Verbrechen, wie sie in Syrien seit Jahren begangen werden, sendet ein fatales Signal an die Machthaber dieser Welt: Du kannst morden, wie du willst, solange du nur deine Landsleute tötest und einen Freund im Weltsicherheitsrat hast.

Es droht die „Syrienisierung“ der Welt. Alles, was in Syrien passiert oder nicht klappt, wird zur globalen Tendenz. Standards werden gesenkt, internationale Übereinkünfte wertlos, Kooperationen heruntergefahren, Bündnisse aufgekündigt, nationale Interessen in den Vordergrund gerückt. Folgende sechs Entwicklungen lassen sich beobachten.

Zunahme innerstaatlicher Konflikte

1. Die Zeit zwischenstaatlicher Kriege ist schon länger vorbei, was zunimmt, sind innerstaatliche Konflikte. In Syrien sehen wir, wie aus einem solchen innerstaatlichen Konflikt ein transnationaler, regionaler und internationaler Konflikt wird, [der am Ende wieder einen zwischenstaatlichen Krieg zur Folge haben könnte \(etwa zwischen Israel und Iran\)](#). Wenn die internationale Gemeinschaft keine gemeinsame, einheitliche und abgestimmte Antwort für ein innerstaatliches Problem findet, mischen sich verschiedene ausländische Mächte direkt ein. Um dieses Knäuel aus widerstreitenden Interessen zu entwirren, fehlen geeignete Gremien und Verfahren.

2. Konflikte werden nicht länger von Weltmächten gesteuert, sondern zunehmend von Regionalstaaten, Milizen und nichtstaatlichen Akteuren. Entsprechend stehen lokale Interessen im Vordergrund und nicht mehr globale Zusammenhänge. In Syrien ist der Einfluss der Weltmacht Russland auf den Iran und seine Revolutionsgarden sowie auf Assad beschränkt, ebensowenig können die USA ihren Verbündeten Türkei aufhalten, Qatar und Saudi-Arabien auf Linie bringen oder Rebellen herumkommandieren. Regionale Feindseligkeiten und internationale Verwerfungen können deshalb jederzeit eskalieren – eine global denkende und im Ernstfall deeskalierende Instanz gibt es nicht mehr.

Bündnistreue war einmal

3. Das Wort „Bündnistreue“ können wir aus dem Lexikon der internationalen Politik streichen. Staaten halten sich untereinander nicht mehr an langjährige Bündnisse, sondern gehen lieber kurzfristige Zweckallianzen ein, um eigene Interessen durchzusetzen. Besonders offensichtlich bröckeln gerade die transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und Europa, weil US-Präsident Trump meint, amerikanische Interessen im Alleingang und Befehlston durchsetzen zu können.

Aber welche widersprüchlichen Wendungen und damit Unberechenbarkeiten kurzfristige Zweckbündnisse hervorbringen, zeigt der Syrien-Konflikt besonders deutlich. So sind die USA und die Türkei eigentlich Nato-Partner. Trotzdem unterstützt Washington mit den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) in Syrien eine Gruppe, die Ankara als Feind betrachtet. Die Verbündeten des einen sind die Terroristen des anderen. Der türkische Präsident Erdoğan ist eigentlich gegen Assad. Aber sollte der ihm bei der Vertreibung der YPG helfen, wäre er ihm willkommen. Besser das Assad-Regime an der eigenen Grenze als eine kurdische Autonomie.

Russland wiederum unterstützt das syrische Regime, unternimmt jedoch nichts, wenn Assads Einrichtungen von Israel bombardiert werden, weil sich dort iranische Milizen ausbreiten. Denn Ärger mit Israel will Putin nicht riskieren, außerdem ist eine Schwächung des Iran (eigentlich Verbündeter!) ganz in seinem Sinne. Es herrscht ein Chaos aus sich verschiebenden Interessen, dynamischen Beziehungen und dadurch neu entstehenden Fronten, weil die in Syrien intervenierenden Mächte ihre Ziele ständig neu ausrichten (müssen), statt einer verlässlichen Linie zu folgen.

Stellvertreterkrieg mit nichtstaatlichen Akteuren

4. Viele Länder mischen sich außerdem nicht mehr nur direkt mit eigenen Truppen und Militärberatern ein, sondern indirekt über nichtstaatliche Akteure. Damit ist nicht nur die Aufrüstung inländischer Gruppen oder Putschisten gemeint, wie sie gerade die USA seit Jahrzehnten betreiben (etwa in Lateinamerika und

Afghanistan), sondern auch das Entsenden eigener Milizen, die sich dem Einfluss des Staates entziehen. Dadurch wird ihr Vorgehen undurchsichtig und ihr Verhalten unberechenbar. Der Iran etwa schickt Revolutionsgarden und schiitische Kämpfer aus aller Welt nach Syrien, Russland vermeidet unpopuläre Verluste von Armeeangehörigen, indem es private Söldner einsetzt, und die Hisbollah ist ohnehin auf eigene Rechnung in Syrien und hört auf keine libanesische Instanz. Mit solchen nichtstaatlichen Akteuren ist der Krieg noch schwieriger zu steuern, weil manche von ihnen eigene Interessen entwickeln und sich die hinter ihnen stehenden Mächte aus der Verantwortung stehlen. In Syrien kämpfen Dutzende Gruppen. Keine dieser Gruppen hört auf eine Regierung, wenn überhaupt folgen sie nur den Anweisungen einzelner starker Männer.

Das Vertrauen in internationale Institutionen erodiert

5. Der Syrien-Krieg hat internationale Strukturen geschwächt. Da bisherige Regeln, Verträge, Institutionen und Mechanismen in Syrien nichts bewirkt haben, ist der Glaube an dieses Ordnungssystem und an eine multinationale Zusammenarbeit generell erschüttert. Welcher Machthaber fühlt sich heute noch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet, den UN-Konventionen gegen Folter, Verschwindenlassen und Völkermord? Selbst die Genfer Konvention, die nach dem Zweiten Weltkrieg Regeln für den Krieg aufstellte und von allen Staaten anerkannt wird, ist zum Treppenwitz der Geschichte verkommen.

Nachdem genau diese Völkerrechtsbrüche in Syrien alltäglich geworden sind, werden sie sich andernorts wiederholen. Der Syrien-Konflikt beweist: Ungerechtigkeit an einem Ort gefährdet die Gerechtigkeit überall. Kriegsherren können tun, was sie wollen, die Öffentlichkeit ist abgestumpft, das Ziel heiligt wieder alle Mittel.

Rückkehr der Autokratie?

6. Schließlich ist, verstärkt durch den Syrien-Krieg, die weltweite Systemfrage neu entbrannt, die Diskussion darüber, welches Staats- und Gesellschaftsmodell den Menschen am besten dient. Bis vor wenigen Jahren galt die liberale Demokratie unangefochten als beste Form des Zusammenlebens: frei, rechtsstaatlich und wirtschaftlich erfolgreich.

Inzwischen entwickeln Autokraten wieder Strahlkraft. Präsident Putin verhilft Russland zu alter Größe. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg wirkt unaufhaltsam, die von Peking praktizierte liberale Autokratie effektiv. In der Türkei trägt die Mehrheit der Bevölkerung Präsident Erdoğan's Weg zur Alleinherrschaft mit. Und die US-Amerikaner haben einen Präsidenten gewählt, der die Institutionen des Rechtsstaats verachtet und lieber per Twitter regieren würde. Die liberalen Demokratien Europas ringen derzeit mit Unzulänglichkeiten. Der Sozialstaat ist bürokratisch, die öffentliche Verwaltung ineffizient, die politische Elite abgehoben. Wirtschaftskonzerne handeln unverantwortlich, Parlamente sind von kaum unterscheidbaren Volksparteien gelähmt, die Verteilung von Vermögen erscheint ungerecht und die Gesellschaft ist gespalten. Und nun zeigt der Syrien-Konflikt, dass autokratisch regierte Länder ihre außenpolitischen Interessen viel erfolgreicher durchsetzen können als Demokratien. Während Letztere sich um Parlamentsmehrheiten kümmern und die öffentliche Meinung berücksichtigen müssen, können Staatschefs wie Putin, Erdoğan und Irans Revolutionsführer Khamenei schnell und fast im Alleingang entscheiden.

In Syrien hat die Autokratie deshalb eindeutig gesiegt. Der Westen hat viel geredet und wenig getan und mit dieser Lücke zwischen Worten und Taten die eigene Glaubwürdigkeit verspielt. Er konnte mit seinem System aus internationalen Absprachen, moralischen Prinzipien und demokratisch legitimierten Institutionen weder den Syrern helfen noch den Krieg beenden – die liberale Demokratie hat in Syrien versagt.



Dies ist ein Buchauszug aus „[Der Syrienkrieg. Lösung eines Weltkonflikts](#)“ von Kristin Helberg.

Aus:Cicero 16.12.2018

Der Krieg in Syrien ist ein europäisches Problem

Die Forderung, die da aus den USA kommt, ist schon bemerkenswert: Die Bundeswehr soll Bodentruppen nach Syrien schicken. Bemerkenswert deswegen, weil die USA im Gegenzug die Wünsche Deutschlands immer weniger ernst nehmen. Zumal der Einsatz in Syrien für Deutschland zwei grundlegende Probleme mit sich bringt. Ein Kommentar von Gordon Repinski.



Aleppo: Das Foto zeigt zerstörte Häuser im östlichen Stadtteil Ansari. Quelle: Hassan Ammar/AP/dpa , Berlin

Die gute Nachricht des Tages zuerst: Die USA kennen doch noch ein wichtiges Wort der Diplomatie, es schien zwischenzeitlich in Vergessenheit geraten zu sein. Es ist das Wort Koalition. Weil die US-Regierung ihr Engagement in Syrien verringern will, sollen nun deutsche Bodentruppen die US-Militärs im Kampf gegen die Terrormiliz IS teilweise ersetzen.

Es ist eine bemerkenswerte Forderung der Trump-Regierung an einen Partner, dessen Wünsche ansonsten von Woche zu Woche weniger wichtig genommen werden. Klima, Welthandel, Nuklearfragen – die Alleingänge der USA haben das bestehende Gerüst internationaler Zusammenarbeit unter Präsident Trump binnen kurzer Zeit Stück für Stück abgebaut. Sie tun es noch, in großen und kleinen Fragen.

Es hat etwas Unverschämtes, dass die US-Regierung just in dieser Lage nach Verstärkung im Nahen Osten fragt, weil sie eigene Soldaten abziehen möchte. Zumal der Einsatz in Syrien für Deutschland zwei Grundprobleme mit sich bringt: Zum einen ist er nicht völkerrechtlich gedeckt, er basiert auf einer Koalition mithelfender Staaten, nicht auf einem UN-Mandat. Zum zweiten würde er ein heikles militärisches Engagement in einem Nachbarland Israels mit sich bringen – mit offenem Ende.

Die USA sprechen die Forderung mit klarem Kalkül aus: Sie wissen, dass der Nahe Osten für die USA Relevanz verloren, für Europa aber gewonnen hat. Der Konflikt in Syrien und im Irak ist der Ursprung der großen Flüchtlingskrise des Jahres 2015 und damit vor allem ein europäisches Problem.

Europa und Deutschland im Besonderen müssen sich daran gewöhnen, bei genau diesen sicherheitspolitischen Fragen voranzugehen. Das muss nicht bedeuten, sich in militärische Abenteuer zu stürzen, im Gegenteil. Es kann auch bedeuten, Einsätze zu beenden und die Diplomatie übernehmen zu lassen. Aber die sicherheitspolitische Strategie dazu muss aus Europa, nicht mehr aus den USA kommen. Wenn die USA ernsthaft erwägen, ihre Truppen in Syrien zu reduzieren, muss sich Deutschland den Gesprächen öffnen. Das muss schon deshalb geschehen, damit auch wieder über andere Fragen miteinander geredet werden kann. Syrien und der Iran sind zwei kaum voneinander trennbare Fragen, politisch und regional sind sie eng verknüpft.

Der Weg, den die USA im Iran gehen, ist provokant, ideologisch und gefährlich. Womöglich stellt die Iran-Frage das größte globale Sicherheitsrisiko dieser Monate dar. Deutsche Gesprächsbereitschaft in der Syrien-Frage wäre ein wichtiges Signal an die Vereinigten Staaten, alle Fragen der Region gemeinsam und kooperativ lösen zu wollen. Das kann und darf auch als Forderung ausgesprochen werden. Aber eben nur, wenn man sich ansonsten nicht wegduckt.

Von Gordon Repinski/RND

HAZ 07.07.2019

Europa und die Weltkrisen : Verantwortungslosigkeit erster Klasse

- Von [Klaus-Dieter Frankenberger](#), FAZ –online,München
- -Aktualisiert am 14.02.2020



Ischinger wirft der EU Verantwortungslosigkeit vor: Sie habe keinen einzigen Versuch unternommen, im Syrien-Konflikt die beteiligten Staaten an einen Tisch zu bringen. Bild: AP

Konflikte und grauenhafte Zustände, wohin man blickt – die Münchner Sicherheitskonferenz hat ein schweres Pensum. Eine Ruckrede des Bundespräsidenten allein wird die Lage nicht bessern.

Von seinem Naturell her ist [Wolfgang Ischinger](#) eigentlich kein Mensch, der zu Pessimismus und Düsternis neigt. Doch als der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz vor ein paar Tagen auf die Krisen- und Konfliktherde der Welt blickte, gab es in seiner Analyse wenig, aus dem er Zuversicht schöpfen konnte. „Wir haben mehr Krisen und grauenhafte Vorgänge, als man sich das vorstellen kann“, sagte Ischinger. Die Welt sei in den vergangenen Jahren gefährlicher geworden.

In seinem Urteil, wer daran Schuld trage, übte der ehemalige deutsche Karrierediplomat keinerlei Zurückhaltung. Die Staatengemeinschaft und insbesondere die [EU](#) hätten bei der Suche nach Friedenslösungen vielerorts versagt. Vielleicht nirgendwo sei das Versagen unverzeihlicher gewesen als in Syrien.

Wieder nahm sich Ischinger ganz besonders die Europäische Union vor: In neun Jahren, fast so lange dauert der syrische (Bürger-)Krieg nun schon, habe die EU keinen einzigen Versuch unternommen, die beteiligten Staaten an einen Tisch zu bringen. Das sei „Verantwortungslosigkeit erster Klasse der Europäischen Union und all ihrer Mitgliedstaaten“. So aufgebracht, fast wütend und vermutlich auch ratlos – ratlos jenseits aller Appelle, mehr Verantwortung zu übernehmen – hat man Ischinger selten erlebt.

Wenn also an diesem Wochenende wieder Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister, Sicherheitsberater, Politiker und Wirtschaftsleute aus aller Herren Länder im Bayerischen Hof in München zusammenkommen, haben sie viel zu besprechen. Die weltpolitischen Schauplätze sind kaum zu überblicken, die Liste der Konflikte wird lang und länger; die Folgen, die Klimawandel, Digitalisierung und Migration für Bürger, Gesellschaften und Staaten haben, sind einschneidend und dramatisch. Entsprechend umfangreich ist auch das Konferenzprogramm. Die Sicherheitskonferenz, die ehemals eine fast intime Zusammenkunft bekennender und praktizierender Atlantiker war, ist zu einer globalen Problemschau mit einem ebenso globalen Teilnehmerkreis geworden.

Die Entfremdung liegt nicht an Trump allein

Und doch hat sie noch immer einen „atlantischen Kern“. Alljährlich wird im Februar in München der Puls der transatlantischen Beziehungen genommen. Dass es mit denen im Moment nicht zum Besten steht, ist

bekannt. Die politische Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und „Europa“ wird größer. Das hat nicht nur, aber auch nicht gerade wenig mit dem aktuellen Bewohner des Weißen Hauses zu tun; es hat viel mit veränderten Prioritäten der amerikanischen Weltpolitik zu tun und damit auch mit den Verschiebungen der politischen und wirtschaftlichen Gewichte in der Welt, Stichwort Aufstieg Chinas.

Mehr zum Thema

Eigentlich wäre also die Sicherheitskonferenz ein geeigneter Ort, um Strategien zu entwickeln, wie man, wie der Westen auf die neuen Herausforderungen reagieren sollte. An gemeinsamen Strategien hat es in jüngster Zeit weitgehend gefehlt. Man denke nur an die „Nato-ist-hirntot“-Diagnose des französischen Präsidenten Macron. Tatsächlich wird in diesem Jahr, so ist zu lesen, die amerikanische Delegation, mit mehr als fünfzig Mitgliedern des Kongresses und drei Ministern der Regierung [Trump](#), so groß sein wie noch nie. Hat die Operation „Stärkung unserer Allianzen“ begonnen?



Bessere Zeiten: 2014 war Frank-Walter Steinmeier (rechts) Außenminister und verstand sich bestens mit seinem amerikanischen Kollegen John Kerry. : Bild: dpa

Verkehrt wäre das ganz gewiss nicht. Denn vielleicht hat zur Vorbereitungslektüre auch der Amerikaner auf dieses Wochenende der Münchner Sicherheitsbericht 2020 gehört. Überschieden ist er mit „Westlessness“; ein sperriger Titel, der sich auch nicht elegant ins Deutsche übersetzen lässt. Aber was er zum Ausdruck bringen soll ist klar: Die Welt wird weniger westlich, und der Westen droht weniger westlich zu werden. Dagegen erstarkt ein autoritärer Populismus im Inneren, nichtdemokratische Mächte steigen auf – die Grenzen westlicher Einflussnahme auf das internationale Geschehen sind offenbar geworden. Und dann ziehen sich die Vereinigten Staaten von einigen Bühnen der Weltpolitik zurück, wenn sie nicht lieber eine Solovorstellung geben.

Wie der Westen bestehen kann

Die Autoren des Berichts allerdings schreiben den Westen nicht ab. Er möge vielleicht auf dem Rückzug sein, sich im Niedergang befinden und angegriffen werden; aber er besitze noch immer hinreichend viele ideelle, materielle und institutionelle Ressourcen für eine „Revitalisierung“. Und wenn die liberalen Demokratien der Welt ihre Macht und ihre Kraft zusammenlegten, dann würden sie noch auf lange Zeit die Liga der Weltpolitik anführen. Das Fazit: liberale Demokratien müssten nur stärker zusammenarbeiten, dann werde der Westen auch im 21. Jahrhundert bestehen. Also keine nationalen „First“-Touren, sondern gemeinsam für westliche Werte, Interessen und Grundüberzeugungen eintreten in einer Zeit, welche der Wettbewerb großer Mächte seinen Stempel aufdrückt. Vielleicht schafft es diese Botschaft ja, auf welchem Weg auch immer, ins Weiße Haus.



„Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen“, forderte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck 2014 auf der Sicherheitskonferenz. : Bild: dpa

Es wäre zu wünschen, dass auch die Europäer es endlich schaffen, „weltpolitikfähig“ zu werden, so wie das schon vor zwei Jahren der damalige EU-Kommissionspräsident Juncker angemahnt hatte. Nimmt man das Verdikt Ischingers als Maßstab, ist seither nichts passiert, im Gegenteil. Das muss sich ändern! Auch und nicht zuletzt die Deutschen müssen sich fragen, ob sich ihr Mantra, mehr Verantwortung übernehmen zu wollen, tatsächlich in konkretem Handeln niederschlägt oder ob es weitgehend bei plakativen Bekenntnissen bleibt.

Vor sechs Jahren hatte ein deutsches Trio, bestehend aus dem damaligen Bundespräsidenten Gauck und den damaligen Ministern von der Leyen und Steinmeier, vor einem ebenso staunenden wie erfreuten Publikum den Deutschen den Weg von den Tribünen auf das Spielfeld gewiesen: Deutschland müsse sich früher, entschiedener und substantieller engagieren. Wie weit ist das heute der Fall? Frank-Walter Steinmeier, nun als Bundespräsident, wird an diesem Freitag ein Wort dazu sagen. Wie zu hören ist, soll es eine Art neuer Mahn- und Weckruf-Rede werden.